

SONDER-  
AUSGABE

# Vorwärts

Wählt Liste 2  
Sozialdemokraten  
GRATIS!

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 67 Amt Dönhof 202 bis 207  
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts . . . . . 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Warum wieder wählen?

Eine Frage in letzter Stunde — und unsere Antwort

Wählerinnen und Wähler, wann wollt ihr endlich alle begreifen, um was es geht! Ihr seid verdorren, daß immerzu neu gewählt werden muß! Ihr seht mit Erbitterung, mit Verzweiflung, wie alles drüber und drunter geht, wie die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosenzahl wächst, Löhne und Unterstützung sinken! Viele von euch wollen aber noch immer nicht einsehen, daß sie selber zu dieser unseligen Entwicklung beigetragen haben durch die Unterstützung von Parteien, die das Volk ins Unglück führen!

Die Deutschnationalen sind heute die eigentliche Regierungspartei. Sie unterstützen offen die Regierung der Barone, den Kurs der sozialen Reaktion, des drohenden Wahlrechtsraubs und des Monarchismus. Ja sie spielen selbst dieser Regierung gegenüber noch den Scharfmacher, sie treiben zur inneren Katastrophe.

Die Nationalsozialisten waren bis vor wenigen Monaten mit den Deutschnationalen in der Harzburger Front verbündet. Auf ihrem breiten Rücken sind, nach dem Geständnis Dr. Josef Goebbels, die Barone in die Ämter hinaufgeklettert. Die Nazis mögen heute noch so laut zetern und toben: sie tragen die Verantwortung dafür, daß heute wieder die soziale Reaktion regiert.

Die Nazis nennen sich vor den Arbeitern Sozialisten. Den Arbeitgebern gegenüber sind sie begeisterte Anhänger der kapitalistischen Privatwirtschaft. Sie versprechen den Arbeitern Arbeit, den Landwirten aber versprechen sie eine Absperrungspolitik, die alle Ausfuhr und damit die noch bestehenden Arbeitsgelegenheiten vernichtet. Den kleinen Geschäftsleuten versprechen sie Hilfe und arbeiten mit ihren „Autarkie“-Plänen an der völligen Zerstörung des Geschäftslebens. Den Arbeitern versprechen sie hohe Löhne und den Unternehmern billige Arbeitskräfte.

Muß ein Land, in dem für eine solche Partei des Volksbetrugs 14 Millionen Stimmen abgegeben wurden, nicht durch und durch krank sein?

Die Kommunisten wollen nach der feierlichen Erklärung ihrer Zentralinstanzen auch diesmal „den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ führen. Sie haben keine Zeit, gegen die Reaktion zu kämpfen, der Bruderstreit innerhalb des Proletariats ist ihnen wichtiger! Sie kämpfen gegen die Sozialdemokratie mit ähnlichen Argumenten wie die regierenden Barone und die Faschisten. Sie wollen, wie sie sagen, „die proletarische Einheitsfront“ — aber sie wollen sie nur auf die Weise, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter den häufig wechselnden Führern der KPD. blüdingen unterordnen. Das aber werden die sozialdemokratischen Arbeiter niemals tun.

Wir fragen die Kommunisten: Wie lange soll das Proletariat auf eure „Einheitsfront“ warten? Wir brauchen doch die Einheitsfront jetzt zum Kampf gegen die Reaktion!

Die Einheitsfront gegen die Reaktion, das ist die Eisernen Front der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, des Reichsbanners, der Arbeiterportverbände. Wer gegen die Reaktion kämpfen will, muß sich der Eisernen Front anschließen.

Wir Sozialdemokraten sagen nicht, daß wir unfehlbar sind. Im Gegenteil, wir

suchen immer unsere eigenen Fehler aufzuspüren, um aus ihnen zu lernen. Wir sind die einzige Partei der offenen Selbstkritik!

Wir Sozialdemokraten aber sagen: In dieser Zeit, in der die Barone die Demokratie mit allen Volksrechten vernichten wollen, ist es ein Wahnsinn, Parteien zu wählen, die, wie die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Nationalsozialisten, gleichfalls die Demokratie zerstören wollen. Eine Volksvertretung, in der diese Feinde der Demokratie die Mehrheit haben, kann nichts anderes sein als ein politisches Affentheater, eine elende,

ohnmächtige Schwachbude, ein Spielball in den Händen der Reaktion.

Wir Sozialdemokraten sagen nicht, daß wir unfehlbar sind. Aber wir sagen mit vollem Recht: Alles, was gut gemacht wurde, ist von uns und mit uns gemacht worden. Die Republik, das gleiche Recht für alle Volksgenossen, jede Art des Schutzes der Arbeitskraft ist von uns errungen und erkämpft. Und alles, was wieder verlorengegangen ist, ist verloren gegangen durch die kapitalistische Wirtschaft und durch den Wahnsinn der Wähler, die gegen die Sozialdemokratie und damit gegen sich selber wählen!

Wer deutschnational, nationalsozialistisch oder kommunistisch wählt, der wählt gegen Vernunft, Recht und Freiheit!

Wählerinnen und Wähler! Reißt euch los von Parteien, die nur brüllen und zerstören, aber nichts schaffen können. Kämpft mit uns gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für den Sozialismus! Schleudert die regierende Reaktion ins Nichts zurück durch ein mutiges Bekenntnis zur Sozialdemokratie!

Kommt zu uns! Stimmt jetzt alle für Liste 2 Sozialdemokraten!

## Mitglieder der Gewerkschaften!

Am 6. November werdet ihr Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Eurer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

## Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

## Eine Frau mahnt:

Verteidigt euer Recht!

Der Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl hat den Wahlkampf benutzt, um einigen Millionen Wählern anzukündigen, daß sie nach seinem Willen am 6. November zum letztenmal an die Wahlurne gehen, daß sie fortan als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden sollen. Das aktive und passive Wahlrecht soll um fünf Jahre, d. h. das Wahlrecht auf das 25. Jahr heraufgesetzt.

die Jugendlichen sollen des Wahlrechts beraubt werden.

Nach der Volkszählung im Jahre 1925 standen 5,1 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, inzwischen hat ihre Zahl sich erhöht. Gegen diese Jugendlichen richtete sich in den letzten Jahren der Hauptschlag der wirtschaftlichen und politischen Krise. Keine Altersschicht wurde unbarmerziger von der Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen als die 1½ Millionen jugendlicher Erwerbsloser.

Herr v. Gahl, sind diese Menschen, die „reif“ genug sind, alle körperlichen und seelischen Qualen, die dieses System ihnen bereitet, zu ertragen, nicht „reif“ genug, um eine Aenderung ihres Schicksals selbst mit in die Hand zu nehmen? Wir verstehen

sehr wohl den Sinn Ihres Planes, Herr Minister: Sie fürchten, daß die um ihre Jugend betrogene Generation, die in ihrer Verblendung in den letzten Jahren den gewissenlosen Versprechungen der Nazis zum Opfer gefallen ist, jetzt erwachen und sich in Massen den Linksparteien zuwenden werde. Das wollen Sie verhindern!

„Abwegig“ sei der Gedanke, erklärte Herr v. Gahl, daß die Regierung eine Aufhebung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts und die Einführung eines Zensus plane. Was aber ist es anderes, wenn die Einführung einer „Zusatzstimme“ für die selbständigen Familienernährer und die Kriegsteilnehmer angekündigt wird?

Kriegsteilnehmer — nicht wahr, Herr Minister, das sind nur die Männer? Kriegsteilnehmer — das ist Herr Fric, der sich in Birmasens von 1914 bis 1918 auf Druckposten befand, das sind die Tausende von Heiden seiner Art?

Kriegsteilnehmer — das sind aber nicht die Tausende von Frauen.

die während des Krieges in den Munitions- und chemischen Fabriken gestanden haben, die mit abgerissenen Gliedern, von Gasen und Säuren zerfressenen Lungen, mit für immer zerrütteten Nerven aus dem Kriege heimgekehrt sind? Kriegsteilnehmer — das sind nicht

die Witwen und Waisen, die Mann, Sohn, Vater und Ernährer auf dem

„Felde der Ehre“ verloren haben? Für sie gibt es keine Zusatzstimme, für sie gilt der „Dank des Vaterlandes“, von dem Sie, Herr Minister, gesprochen haben, nicht? Ihnen allen wäre mit einem Dank, der ihre kümmerlichen Rentenpennige nicht immer weiter kürzt, allerdings weit mehr gedient!

Selbständige Familienernährer — das sind wohl nur die Männer? Und für Gewährung von Zusatzstimmen kommen nicht in Betracht

die jungen Arbeiterinnen,

von denen nach einer kürzlich erfolgten Umfrage des Bundes deutscher Frauenvereine 80 Prozent ihr gesamtes Einkommen dem elterlichen Haushalt abliefern; nicht die jugendlichen Angestellten, von denen rund die Hälfte keinen Pfennig ihres Einkommens behält, das unentbehrlich ist zur Aufrechterhaltung der Existenz ihrer Familien? Selbständige Familienernährer sind auch nicht die Millionen Frauen, die durch Waisen, Aufwartungen usw. beitragen zum Familienhaushalt, der ohne ihr Mitverdienen nicht bestehen könnte, ganz zu schweigen von den Millionen, die als „mit-helfende Familienangehörige“ schwerste Männerarbeit in der Landwirtschaft verrichten müssen. Sie alle erhalten nach dem „gerechten“ Wahlrecht, das Herr v. Gahl plant, minderes Recht.

Daß mit 2 Millionen Frauenstimmen, die in Deutschland mehr vorhanden sind als Männerstimmen, die Entscheidung in der Hand der Frauen liegt — das ist es, was Herrn v. Gahl beunruhigt. Er befürchtet — und wir hoffen, mit Recht —, daß in Zukunft auch die Frauen erkennen, daß ihre Rechte weder bei den Rechtsparteien noch bei dem Zentrum gut aufgehoben sind, daß sie sich immer mehr der einzigen Partei zuwenden werden, die wirklich für das Recht der arbeitenden Frau kämpft, der Sozialdemokratie. Darum soll der Einfluß der Frauen im politischen Leben herabgemindert, soll den Männern die Uebermacht, die sie zahlenmäßig nicht haben, durch eine Aenderung des Wahlrechts gegeben werden.

Es ist gut, daß Herr v. Gahl mit diesem Plan jetzt herausgerückt ist. Denn noch ist es nicht zu spät! Noch ist es Zeit, sich gegen diese Pläne zur Wehr zu setzen.

Zum letztenmal vielleicht!

Jugendliche und Frauen, die sich nicht das Recht nehmen lassen wollen, mitzuwirken am politischen Leben, benutzen das Recht, das ihnen heute noch verblieben ist: sie stimmen am 6. November gegen die Regierung der Barone, die sie ver-sklaven will, für die Liste 2 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mathilde Wurm.

Sozialistische Ordnung? Ja!  
Kapitalisten-Unordnung? Nein!  
Arbeit und Brot! Liste 2,  
Sozialdemokraten!



Bei Goebbels hat die Regie nicht gefaspt. Jetzt erscheint an den Anschlagäulen ein Nazi-plakat, das offenbar vor Wochen vorbereitet worden ist, aber in die heutige Situation paßt wie die Faust aufs Auge. Man sieht einen fürchterlich großen, barbarisch abstoßenden Notgärtler mit grinsender Totenkopffrage bildlich dargestellt, der nach der Beschriftung des Plakats etwa folgendes sagt: „Bravo, Herr von Papen, Sie geben mit Ihren Rotverordnungen uns Bolschewisten die letzte Chance.“ Und darunter wird dann in großen Lettern beteuert: „Der einzige, der uns vor dem Bolschewismus rettet, ist Adolf Hitler.“

Den armen Nazispießern wird auch gar zu viel zugemutet. Gestern unterbreitete ihnen der „An-



„Nu sag mal, Maxe, wie is det nu: sind wir für oder gegen den Bolschewismus?“

griff“ mit lyrischem Schwung, daß die Nazi-straßenbahner Schulter an Schulter mit der heldenhafte kommunistischen KPD in den Streik getreten sind, gestern tobte man sich im Verbrüderungsrausch der beiden rrrvolutionären Fronten aus, und heute wird wiederum treuherzig und wieder an den Anschlagäulen versichert, daß Adolf Hitler der einzige wahre Befämpfer des Bolschewismus sei. „Schulter an Schulter mit der KPD, auf zum Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus!“ Wer lacht da?

Wo wart ihr?

An die Kommunisten und Nazis

Rationalsozialisten und Kommunisten schildern in beweglichen Worten das unzweifelhaft große Elend des arbeitenden Volkes in Deutschland. Sie rufen zum Kampf für die bedrohten Freiheiten und gewerkschaftlichen Errungenschaften.

Aber wo wart ihr, als sie errungen wurden? Ihr beide habt gegen die Weimarer Verfassung gestimmt — was geht sie euch an? Ihr habt gegen das Betriebsratsgesetz gestimmt. Ihr habt die Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Habt ihr beide jetzt ein Recht darüber zu klagen, wenn sie abgebaut wird? Wenn es nach eurem Willen gegangen wäre, wäre sie überhaupt nicht da.

Wo wart ihr beide überhaupt für das deutsche Volk jemals da? Zeigt doch das Recht, das ihr dem deutschen Volke erkämpft habt! Legt doch die soziale Errungenschaft vor, die eurem Wirken entstammt! Wo wart ihr denn? Ihr wart nicht in den Kaufhäusern. Aber ihr wart immer nur die Hunde, die gefläßt haben, gleichgültig, ob die Arbeiterbewegung vorwärts schritt oder zurückging. Ja gewiß, wir sind auch ausgewichen und zurückgegangen — oft genug —, wenn die Kampflage uns nicht günstig genug schien, die angebotene Entscheidungsschlacht anzunehmen.

Aber „die ganze Geschichte des Bolschewismus vor und nach der Oktoberrevolution ist voll von Fällen des Lavierens, Pattierens, der Kompromisse mit anderen Parteien, darunter auch mit den bürgerlichen“, sagt das nicht euer Lenin?

Ihr Kommunisten und ihr Nationalsozialisten habt in eurer ganzen Parteigeschichte nicht die geringste positive Leistung für das deutsche Volk aufzuweisen.

Euer Stolz sind bestenfalls die Mitglieder- und Wahlziffern, die ihr durch wüste Demagogie für eure Partei und Diktaturidee zusammengeschmeißelt habt. Aber erreicht habt ihr nur die Rahmlegung der Volksvertretung und die Diktatur einiger eingebildeter Barone. Die Habenseite eurer politischen Bilanz ist leer. Die Sollseite, das Schuldenkonto, überrollt. Fort mit euch!

Müller-Löhne und Papen-Löhne

Politischer Anschauungsunterricht an den Lohntüten

Millionen versuchen die privatkapitalistische Welt, die sie zum Nüchternen verurteilt. In den Stempelstellen spricht man mit bitterem Hohn von der Papen-Unterstützung und erzählt von den Hermann-Müller-Löhnen der Jahre 1928 und 1929. Die „Mu“ ist noch wöchentlich 30 M. auf 9 M. geschrumpft, der tarifliche Stundenlohn für den männlichen Facharbeiter von 107 Pf. auf zwei Drittel davon zusammengeschnitten — und dazu neben dem registrierten Arbeitslosenheer noch ein bis zwei Millionen „Unsichtbare“.

1928 war nicht das Paradies, aber verglichen mit heute war es nicht die Hölle des Arbeiters, Angestellten und Beamten, nicht die jetzige Mittelstandsverzeufung!

Nicht jeder will es wahr haben, daß es soziale Errungenschaften gibt, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften Schritt für Schritt erkämpft wurden.

Aber alle möchten die „Müller-Löhne“ und die „Müller“-Unterstützungen gern wieder haben!

Gewiß: auch zu den Zeiten der sozialdemokratisch geführten Müller-Regierung sind niemand Schüge in den Schoß gefallen. Aber es wurde damals nach sechs Monate langem hartem Kampf der sozialreaktionäre erste Angriff auf Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung abge schlagen. Die Krisenfürsorge wurde ausgebaut, der soziale Angestelltenchutz wurde verbessert, für die älteren Angestellten

wurde eine besondere Novelle geschaffen, die die Wartezeiten verkürzte und eine Herabsetzung der Altersgrenze durchführte. Der 5-Uhr-Laden schluß am Weihnachtsabend wurde erzwungen. Aus Mitteln der Lohnsteuer wurde eine Erhöhung der Invalidenrenten und eine Verbesserung der Knappschaftsversicherung geschaffen. Die Unfallversicherung wurde erweitert. Der Schwangeren- und Wöchnerinnen-schutz wurde weiter ausgebaut.

Das war sozialdemokratische Gegenwartsarbeit.

das waren soziale Errungenschaften, das waren „marxistische“ Leistungen durch den Reichstag für das Volk!

Damals hatten die Nazis, Kommunisten und Hugenberg im Reichstag zusammen weniger Stimmen als die Sozialdemokraten mit ihren 153 Mandaten.

Im Zweilagerreichstag von 1932 hatten allein schon die Nazis und die Kommunisten die absolute Mehrheit. Auf ihrem Rücken kletterten die Hugenberg zur Macht.

Die erste Papensche Finanzverordnung vom 14. Juni 1932 belastet die minderbemittelten Volksschichten mit 1500 Millionen Mark Unterstützungs Kürzungen und neuen Steuern.

Die zweite Papensche Rotverordnung turbt den Privatkapitalismus durch einen Steuerlein-

regen von 1500 Millionen Mark an; dazu kommen weitere 700 Millionen Mark Arbeiterkopfpämien. Das Geld wird aus den Steuereinnahmen von 1934 bis 1938 im „Vorgriff“ genommen. Bedenklosigkeit ist keine Hexerei.

In der wirtschaftlichen Krise sind die Kräfte der Reaktion gemacht. Sie spiegeln sich prächtig in dem sogenannten Siegeslauf der deutschen Untertanenbewegung, also der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen und in dem Zuwachs der Kommunisten, die aus dem Unverstand der Massen ihre Kräfte zogen.

Auf der Lohntüte wird Weltgeschichte geschrieben

und bei Wahlen werden die Kräfte des Volkes gemessen. Wären wir Demagogen, so würden wir sagen: Wählt Sozialdemokraten, dann kehren die Müller-Löhne zurück. Nein: Was verloren wurde, kehrt nicht so einfach durch Abgabe eines Stimmzettels wieder! Es muß neu erkämpft werden. Die gleichen Opfer wie damals und mehr werden nötig sein, um auch nur die Plattform des sozialistischen Befreiungskampfes, die politische Demokratie, die gegebene Gewalt des Volkes zurückzugewinnen. Wir rufen zum Kampf! Die Reaktion muß geschlagen werden. Unser Kampf geht mit der sozialistischen Erkenntnis gegen Dummheit, Verleumdung und Verzweiflung, und mit dem sozialistischen Programm gegen die privatkapitalistische Krise. Das ist der Sinn des 6. November!

Thomas Mann für Sozialismus

Bekennnis vor den Wiener Arbeitern

In Wien sprach jüngst der deutsche Dichter Thomas Mann vor sozialdemokratischen Arbeitern. Er erklärte:

Es geschieht zum ersten Male, daß ich, der bürgerlich geborene Schriftsteller, vor einem sozialdemokratischen Arbeiterpublikum spreche. Ich empfinde das als epochemachend für mein ganzes Leben. Meine Ausführungen sollen nichts anderes sein als ein

Bekennnis der Sympathie für Ihre sozialistische Sache.

Mann erklärte dann weiter in seiner Rede: Der große Gegner des Sozialismus ist der Nationalismus. Er operiert mit dem Begriff Vaterland. Gewiß fesseln uns enge Bande an die Erde unseres Ursprungs. Aber diese Beziehung zum Nationalen hat nichts zu tun mit der großen, als Rückschlag auf die liberalen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts geistesgeschichtlich erklärbare Bewegung, die die Gewalt gegen die Freiheit und die Demokratie auspielt. Diese Bewegung ist der Dienst am Falschen und Lebenswidrigen. Sie ist eine abscheuliche Mischung von Revolution und Reaktion, roher romantischer Dienst am Vergangenen, der

sich jugendlich gibt und Errungenschaften für nichtig erklärt, die mit der Tatsache Mensch unlösbar verbunden sind. Große Teile der Jugend sind stimmungsmäßig bereit, diese verantwortungslosen und menschenfeindlichen Gedanken anzunehmen. Aber ohne den sittlichen Inhalt des Wortes Freiheit ist der Mensch nicht Mensch.

Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Bedürfnissen und Forderungen zu verstecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Menscheninn geben wollen.

Der geistige Mensch muß sich sagen, daß es in den wichtigsten Staaten Europas besser stünde, wenn in ihnen statt der bürgerlichen oder feudalen Regierungen Arbeiterregierungen am Ruder wären, daß dann ein gutes Stück auf dem Wege der Ordnung, Vernunft und Gesundung vorgegriffen werde.

Das erste Bekenntnis des großen deutschen Dichters zur Sozialdemokratie wurde von den Wiener Arbeitern, die in gemähtigen Massen zu seinem Vortrag gekommen waren, mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Klare Rechnung



Wer weiß, wieviel das gibt?



Richtig, aber nun lernt endlich daraus!

Bilanz des Herrenflubs

Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht... Papens Regierungserklärung

Die Regierung

Table with 2 columns: 'gibt' (gives) and 'nimmt' (takes). Rows list various government expenditures and taxes in millions of marks, such as 'Grundbesitz', 'Schwerindustrie', 'Arbeitslosen', etc.

Fort mit den Wohltätern für die Reichen! Wählt sozialdemokratisch! Wählt die Liste



Brot wird teurer!

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist vom Reichstag nett ermächtigt und in den Stand gesetzt worden, mit beträchtlich verstärkten Mitteln und über den laufenden Bedarf an Cohn-Roggen hinaus Roggen für längere Zeit aus dem Markt zu nehmen und dadurch einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf angemessene Preishöhe zu schaffen. Das Entsprechende ist für Weizen geschehen. Die Aufkaufstätigkeit wird in dem durch die natürliche Marktlage jeweils bedingten Ausmaß lang andauernd betrieben werden. Die bisher von der Landwirtschaft geübte Verkaufsdisziplin kann demnach mit voller Berechtigung durchgehalten werden.

Antwort: Liste 2 Sozialdemokraten!